



Council of the  
European Union

Brussels, 13 April 2015  
(OR. en, de)

7895/15

---

**Interinstitutional File:**  
2015/0009 (COD)

---

ECOFIN 241  
CODEC 487  
POLGEN 55  
COMPET 148  
RECH 95  
ENER 119  
TRANS 129  
ENV 213

EDUC 100  
SOC 232  
EMPL 140  
EF 68  
AGRI 186  
TELECOM 89  
INST 109  
PARLNAT 29

#### COVER NOTE

---

From: Austrian Parliament  
date of receipt: 9 April 2015  
To: President of the Council of the European Union

---

No. prev. doc.: ST 5112/15, COM(2015) 10 final

---

Subject: Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on the European Fund for Strategic Investments and amending Regulations (EU) No 1291/2013 and (EU) No 1316/2013  
[doc. 5112/15 ECOFIN 11 CODEC 19 POLGEN 5 COMPET 8 RECH 2 ENER 6 TRANS 9 ENV 7 EDUC 4 SOC 5 EMPL 3 EF 5 AGRI 14 TELECOM 7 - COM(2015) 10 final]  
*- Opinion<sup>1</sup> on the application of the Principles of Subsidiarity and Proportionality*

---

Delegations will find attached the above mentioned Opinion.

---

<sup>1</sup> Translation(s) of the opinion may be available on the Interparliamentary EU Information Exchange website (IPEX) at the following address: <http://www.ipex.eu/IPEXL-WEB/search.do>



Sonja Zwazl

REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesrat  
Die Präsidentin

Sehr geehrter Herr Präsident!

Wien, 08. April 2015  
GZ. 27000.0040/6-L2.1/2015


Der EU-Ausschuss des Bundesrates hat in seiner Sitzung am 8. April 2015 im Zuge der Beratungen über die EU-Vorlage

**COM(2015) 10 final**

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1316/2013**

beiliegende Mitteilung gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen



(Sonja Zwazl)

Beilage

An den  
Präsidenten des  
Rates der Europäischen Union  
Herrn Edgars RINKEVIČS

Präsidentin des Bundesrates  
A-1017 Wien, Parlament  
Tel. +43 1 401 10-2204 (2387)  
Fax +43 1 401 10-2434  
sonja.zwazl@parlament.gv.at  
DVR: 0050369

**MITTEILUNG**

**an das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und den Rat**  
**gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG**  
**des EU-Ausschusses des Bundesrates**  
**vom 8. April 2015**

**COM(2015) 10 final**

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1316/2013**

Der Bundesrat begrüßt die Einrichtung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Die anhaltende Investitionsschwäche in Europa wird zunehmend zur Gefahr für zukünftiges Wachstum.

Aus Sicht des Bundesrates sind die Sicherstellung klarer Governance-Strukturen, die Identifizierung wirtschaftlich tragfähiger Projekte sowie die Verbesserung des unternehmerischen Umfeldes sowie Bürokratieabbau auf europäischer und nationaler Ebene wesentliche Voraussetzungen für den Erfolg des Investitionsplans.

Die Kriterien für die Projektauswahl müssen klar und transparent und für potentielle Investoren leicht zugänglich sein. Die Inanspruchnahme der Finanzierungsinstrumente des EFSI durch potentielle Projektträger muss ebenso wie die mögliche Teilnahme privater Investoren am Fonds einfach und unbürokratisch sein.

Der Bundesrat begrüßt die Initiative zur Stärkung der Unternehmensfinanzierung, insbesondere der Finanzierung von KMUs und mittelständischen Unternehmen.

Der Bundesrat spricht sich ausdrücklich gegen eine Finanzierung von Nuklearprojekten aus Mitteln des EFSI aus.

Öffentliche Investitionen insbesondere bei Städten und Gemeinden sind dann nützlich, wenn

sie in Zukunftsbereiche wie z. B. Verkehrs- und Energieinfrastruktur, Forschung und Innovation, Bildung und Ausbildung getätigt werden.

Damit Europa dauerhaft aus der Krise findet, muss sichergestellt werden, dass in Zukunft Ungleichgewichte innerhalb der EU verringert werden und dass sichergestellt wird, dass Investitionen gesetzt werden können, um intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum sowie nachhaltige Arbeitsplätze – auch und vor allem für Jugendliche zu schaffen.

In diesem Sinne fordert der Bundesrat die Europäischen Institutionen auf, den EFSI rasch und unbürokratisch umzusetzen, indem die Mittel rasch zur Verfügung stehen. Die Rahmenbedingungen für die nationale Umsetzung sollen flexibel gestaltet sein, indem die nationalen Förderbanken involviert werden und bei der Wahl der Instrument Flexibilität bestehen.